

IWW-Chefin

Lagarde warnt Europa vor „trügerischer Sicherheit“

12.05.2014

Europa erholt sich, doch die Krise ist nicht vorbei, warnt Christine Lagarde. Deshalb fordert die IWF-Chefin mutige Reformen und eine lockere Geldpolitik von der EZB. Doch das allein würde nicht reichen.



Christine Lagarde: „Einige Länder haben die Hilfsprogramme erfolgreich beendet. Aber das heißt nicht, dass die Krise vorbei ist
Quelle: dpa

WashingtonEuropas Krise ist noch lange nicht vorbei, warnt IWF-Chefin Christine Lagarde im Handelsblatt-Interview (Montagsausgabe). „Die Erholung läuft, das ist richtig. Einige Länder haben die Hilfsprogramme erfolgreich beendet. Aber das heißt nicht, dass die Krise vorbei und unsere Mission erfüllt ist“, sagte Lagarde. Der Kreditfluss im Bankensektor stocke weiter, vor allem in den Südländern des Euroraums hätten es Unternehmen deutlich schwere, Kredite zu bekommen. „Außerdem bringen die dauerhaft niedrigen Inflationsraten zusätzlich Risiken mit sich.“

Im Kaufhaus der Weltwirtschaft „Die Sicherheit in Europa ist trügerisch“

Für IWF-Chefin Lagarde ist die Euro-Krise noch nicht vorbei. Im Interview warnt sie vor neuen Kreditrisiken und fordert noch mehr Finanzhilfen für die Ukraine.



Lagarde fordert mutige Reformen und eine lockere Geldpolitik von der EZB. „Die Geldpolitik in Europa sollte deshalb weiterhin Wachstumsimpulse geben“, sagte Lagarde der Zeitung. Allerdings stellt Lagarde auch klar, dass es die Zentralbank alleine nicht wird richten können.

Auch die Politik sei weiter gefragt: „Vor allem muss die Wettbewerbsfähigkeit der Länder verbessert werden. Hier geht es zum Beispiel um Strukturreformen auf den Arbeitsmärkten.“ Deutschland warnt sie davor, sich auf der wirtschaftlichen Führungsrolle in Europa auszuruhen: „Der eingeschlagene Weg in der Rentenreform sollte weiterverfolgt und nicht abgebrochen werden. Insbesondere dort, wo die Lebenserwartung weiter steigt. Das sind Hausaufgaben für alle europäischen Länder, inklusive der Klassenbesten.“

Lagarde warnt vor einer Fortsetzung der Ukraine Krise: „Es ist ein neues Risiko für die Weltwirtschaft“, sagte sie dem Handelsblatt (Montagsausgabe). „Die Krise in der Ukraine ist eine Gefahr, die man nur sehr schwer messen oder deren Ansteckungsgefahr für andere Länder man kaum vorhersagen kann. Dennoch kann das schwerwiegende ökonomische Folgen haben.“

Gleichzeitig verdeutlichte die Französin die enormen Kosten, die auf die internationale Gemeinschaft zukommen, um die Ukraine zu unterstützen. Der IWF hatte der Ukraine bereits Finanzhilfe über 17 Milliarden Dollar zur Verfügung gestellt. „Die Ukraine braucht weitaus mehr als 17 Milliarden Dollar“, sagte Lagarde jetzt. „Zum Beispiel bilaterale Hilfen aus dem Ausland und Finanzhilfen von anderen internationalen Finanzinstitutionen. Die internationale Gemeinschaft hat da gar keine Wahl.“